ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Predöhl, Andreas

Article — Digitized Version

Politische Nationalökonomie?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Predöhl, Andreas (1953) : Politische Nationalökonomie?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 1, pp. 15-16

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131652

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

nischen Industrie kaum erfolgen kann. Die Einfuhr Japans vom Dollargebiet umfaßt in erster Linie Baumwolle (mehr als die Hälfte seines Bedarfes an Baumwolle bezieht Japan aus den USA.), Weizen, Gerste, Roggen, Zucker, Sojabohnen, Koks, Erdöl und Roheisen.

Japans Ausfuhr in das Sterlinggebiet besteht aus Textilprodukten, Eisen- und Stahlerzeugnissen und Maschinen. Die Einfuhr umfaßt Baumwolle, Wolle, Reis und Rohgummi. Japans Export in das Sterlinggebiet war 1951 so gering, daß es mangels konvertierbarer Pfunde nicht in der Lage war, Rohstoffe aus dem Sterlinggebiet einzuführen. Einer aktiven japanischen Ausfuhr in dieses Gebiet stand die Dollarklausel des anglo-japanischen Zahlungsabkommens im Wege. Erst im August 1951, als diese Klausel verschwand, erhöhte sich Japans Ausfuhrvolumen sprunghaft. In den eingeweihten Wirtschaftskreisen sieht man den Bestrebungen der Erhöhung der Ausfuhr in das Dollargebiet mit Besorgnis entgegen. In Japan hat die protektionistische Zollpolitik der USA., die die japanische Fischereiindustrie bedroht, zu heftiger Kritik Anlaß gegeben. In den offiziellen Kreisen Japans ist man der Auffassung, daß in gewissen Zollpositionen Ermäßigungen eintreten werden, vor allem für Thunfischkonserven eine Reduktion der Zollgebühren erzielt werden kann. Die Ausfuhr von Fischkonserven allein wird aber Japans Wirtschaft kaum retten können.

Die japanische Wirtschaft befindet sich nun am Scheideweg und ist bemüht, ihre bisherige Struktur zu ändern. Weitgehende Pläne bestehen dafür, daß künftighin die schwerchemische Industrie die Leichtindustrie, vor allem die Baumwollindustrie, ersetzen soll. In der letzten Zeit werden Forderungen japanischer Wirtschaftskreise immer lauter, die die sofortige Aufnahme der Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China wünschen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Ausfall Chinas als Handelspartner für die japanische Wirtschaft einen unersetzlichen Schaden bedeutet. Vor dem Krieg gingen 50 % der Gesamtausfuhr Japans in die asiatischen Länder, und von dieser Menge wurde wieder etwa die Hälfte in China abgesetzt. Ebenso führte Japan vor dem Krieg mehr als 40 % des gesamten Einfuhrbedarfes aus den asiatischen Staaten ein; und von dieser Einfuhrmenge entfiel wiederum 40 % auf China. So bezog Japan vor dem Krieg aus China Lebensmittel, Eisenerze und Kohle wie auch Baumwolle, die es mit seinen Industrieprodukten bezahlte.

Im Juli 1952 haben offizielle Kreise Japans bereits um die Milderung des Battle Act nachgesucht. Nach schwierigen Verhandlungen wurden gewisse Erleichterungen erzielt, und die Ausfuhr von Nähmaschinen und Farbstoffen von Japan nach China wurde erlaubt. Die Wirtschaftskreise Japans drängen zur Aufnahme der Handelsbeziehungen. In Japan glaubt man in Regierungskreisen, daß eine Revision der gegen Peking verhängten Embargopolitik nicht nur Japan, sondern auch dem Welthandel dient.

Prof. Dr. Andreas Predöhl, Kiel

Politische Nationalökonomie?

Die Diskussionen, die innerhalb und außerhalb der Wirtschaftswissenschaft um das Problem Marktwirtschaft/Planwirtschaft geführt werden, haben in Röpkes Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 27. September mit dem Titel „Was lehrt Keynes? Alte, neue und wahre Ökonomie" einen neuen Höhepunkt gefunden. Dort wird uns die Nationalökonomie geschildert als eine Wissenschaft, die „in zwei kaum versöhnliche, ja kaum noch miteinander diskutierende Lager zerrissen ist", die „alte" und die durch Keynes begründete „neue" Nationalökonomie.

Wie immer die Keynesschen Lehren in den verschiedenen Schulen, die es in der Wirtschaftswissenschaft wie in jeder anderen Wissenschaft gibt, im einzelnen beurteilt werden mögen, sie haben in der echten Wissenschaft keineswegs zu einer Spaltung geführt. Sie haben im Gegenteil die herkömmliche langfristige Betrachtung, die in der modernen Gleichgewichtstheorie ihren Höhepunkt gefunden hatte, durch eine unter den aktuellen Verhältnissen unentbehrliche kurzfristige Betrachtung, die in Ungleichgewichten und Gleichgewichten bei Unterbeschäftigung denkt, nicht ersetzt, sondern höchst fruchtbar ergänzt.

Ein unversöhnlicher Gegensatz hat sich nur zwischen zwei kleinen Gruppen innerhalb der Wissenschaft aufgetan, die diese Lehren dogmatisiert und sich damit zu geistigen Führern politischer Richtungen aufgeworfen haben. In der Tat verdankt Keynes, ebenso wie Adam Smith und Karl Marx, seine epochale praktische Wirkung der Tatsache, daß er eine theoretische Lehre in einem Zeitpunkt brachte, in dem sie einer politischen Situation auf den Leib geschrieben war. Das gilt aber nicht minder für die sogenannten neoliberalen Lehren nach dem zweiten Weltkrieg, die in sublimierter Form von Eucken und seiner Schule, in gröberer von Autoren wie Röpke und Hayek in den Dienst eines politischen Kampfes gestellt worden sind.

Lenkung oder Nichtlenkung: ein Scheinproblem

Grundsätzlich ist die Frage Marktwirtschaft oder Planwirtschaft — richtiger müßten wir sagen automatische oder gelenkte Wirtschaft — ein Scheinproblem. Der liberale Marktmechanismus ist im Zuge der Entwicklung zwangsläufig entartet. Der freie Wettbewerb entwickelte aus sich heraus Monopole auf der einen, ruinöse Konkurrenz auf der anderen Seite, die den freien Ausgleichsmechanismus der liberalen Zeit zum Erliegen brachten, sobald die Voraussetzungen des 19. Jahrhunderts, namentlich die Möglichkeit des Ausweichens in neue Räume, nicht mehr gegeben waren.

Am deutlichsten zeigt sich das in der Verbildung des Konjunkturzyklus. Während die Depressionsphase im klassischen Zyklus die legitime Aufgabe hatte, die Wirtschaft nach dem Rückschlag neu zu ordnen und zu neuem Aufschwung vorzubereiten, der die Arbeitslosen regelmäßig wieder aufsaugte, wurde sie dieser Aufgabe nach dem ersten Weltkrieg immer weniger gerecht. Die Krise von 1929 vollends führte zu so andauernder Depression und so umfangreicher Massen-

arbeitslosigkeit, daß von einem wirtschaftlichen Ordnen nicht mehr die Rede sein konnte.

Einerlei ob Keynes recht hat, daß es sich dabei um ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung gehandelt hat, aus dem die Wirtschaft nur mit Mitteln der staatlichen Wirtschaftspolitik wieder herausgeholt werden konnte, oder ob — was wahrscheinlicher ist — die automatischen Kräfte zu einer, wenn auch späten Erholung noch ausgereicht hätten. Tatsache ist, daß die Unordnung zu groß geworden war, daß sich kein Staat mehr der Aufgabe entziehen konnte, mit ordnenden Maßnahmen einzugreifen. Die Politik ist nicht willkürlich in einen intakten Marktautomatismus eingebrochen, sondern sie ist die Reaktion auf seinen Zusammenbruch.

Damit ist an die Stelle einer automatischen Ordnung die konjunkturpolitische Ordnung getreten. Denn da mit der Depression auch die heilenden Kräfte der Depression ausgeschaltet werden, muß die Konjunkturpolitik zwangsläufig die Lenkung übernehmen, die früher durch die Depression vollzogen wurde. Selbstverständlich schließt die Notwendigkeit einer solchen Lenkung, die vor allem in einer Steuerung der Investitionen besteht, die weitestgehende Verwendung des freien Wettbewerbs nicht aus, namentlich wenn man ihn, wie es die Neoliberalen wollen, mit ordnungspolitischen Maßnahmen absichert. Aber der freie Wettbewerb ist nicht mehr imstande, das regulative Prinzip der Gesamtwirtschaft zu sein. Es geht also gar nicht um die Frage, ob die eine Ordnung besser ist als die andere, sondern um die Frage, ob Unordnung oder Ordnung herrschen soll.

Nun verfällt aber die Gegenseite in das umgekehrte Dogma. Indem sie die aktive Konjunkturpolitik zur Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis übersteigert, setzt sie zwar Ordnung an die Stelle von Unordnung, aber Ordnung ohne Ökonomie. Da der einzelne Staat nämlich Vollbeschäftigungspolitik nur in dem Raum betreiben kann, den er beherrscht, muß er die ökonomische Ordnung in allen Fällen zerreißen, in denen die Wirtschaft des Staatsraumes nur Glied eines übergeordneten Ganzen ist.

Planung muß immer vom Ganzen ausgehen, oder sie ist keine ökonomische Planung. Teilplanung ist ein Widerspruch in sich selbst. Darauf beruhte ja die Funktionsfähigkeit der liberalen Ordnung, daß das Wettbewerbsprinzip die Wirtschaft als Ganzes innerhalb der Staatsgrenzen und über die Staatsgrenzen hinaus beherrschte. Vollbeschäftigung im beschränkten Staatsraum, die den Außenhandel den Staatsraumgesichtspunkten unterordnet, ist teure Vollbeschäftigung. Während also die neoliberale Lösung zur Unordnung zurückführt, führt die Vollbeschäftigungspolitik zu einer unökonomischen Ordnung. Die Auflösung dieses Widerspruchs durch eine richtige Lenkung, nicht die Wahl zwischen Lenkung und Nichtlenkung, steht zur Diskussion.

Die Lenkungspolitik — ein graduelles Problem

Es gibt in der Tat kein Land in der Welt mehr, einschließlich der sogenannten liberalen Länder, das nicht lenkt, unterschiedlich sind nur die Methoden der Lenkung. Aber der Spielraum, der verbleibt, ist wiederum nur gering, wenn man von der totalitären Verwaltungswirtschaft absieht, die sich von den westlichen Volkswirtschaften grundsätzlich unterscheidet. Was die Differenz zwischen den Lenkungsmethoden größer erscheinen läßt als sie ist, erklärt sich wiederum nicht aus Unterschieden der wissenschaftlichen Auffassung, sondern aus der dogmatischen Haltung, die die zwangsläufigen Folgerungen nicht sieht, die sich aus der Grundposition ergeben.

Die liberale Lenkungspolitik möchte mit einem Minimum an Eingriffen auskommen und auf extreme Vollbeschäftigung lieber verzichten als ein Übermaß an Zwangsmaßnahmen in Kauf nehmen oder die internationale Arbeitsteilung durch einseitige Staatsraumpolitik gefährden. Das gelingt ihr um so besser, je weniger das neoliberale Dogma ihr den Blick für ihr eigenes Tun trübt, d. h. je klarer sie sich bewußt ist, daß sie das Wachstum der Wirtschaft durch Lenkung der Investitionen steuern muß. Die Wirtschaft funktioniert nämlich sowohl innerhalb der Staatsgrenzen als auch international um so ungestörter, die Liberalisierung führt um so besser zum Gleichgewicht, je besser das Wachstum gesteuert, nachträgliche Korrektur einer vermeidbaren Unordnung also vermieden wird.

Die sozialistische Lenkungspolitik stellt die Vollbeschäftigung voran. Sie erkauft eine solche Vollbeschäftigung mit um so weniger Einbußen an Ökonomie, je mehr sie sich auf lockere Lenkung und internationale Zusammenarbeit einstellt. Typisch für lockere Lenkung ist der sterling bloc der dreißiger Jahre, typisch für straffe Lenkung die sterling area der vierziger Jahre.

Bei echter Einsicht in die Zusammenhänge ist also auch in der Frage lockere oder straffe Lenkung der Gegensatz nicht so groß, wie er scheint. Wie weit sich beide Seiten dieser Tatsache bereits bewußt sind, zeigt sich in der kompromißlerischen Vokabulatur, die den Gegensatz in „soziale Marktwirtschaft" auf der einen, „liberalen Sozialismus" auf der anderen Seite abzuschwächen sucht.

Die politischen Ziele der Lenkung

Dahinter steht nun aber ein tieferer Gegensatz, und bei diesem geht es nicht um die Methoden, sondern um die Ziele der Lenkung. Der Liberalist will die sozialistische Ordnung nicht, auch wenn sie ökonomisch funktionieren würde, der Sozialist will die liberale Ordnung nicht, selbst wenn sie noch als Ordnung realisierbar wäre. Hier stehen sowohl Weltanschauungen gegeneinander als auch Interessen, und man sagt wohl nicht zuviel, wenn man feststellt, daß sich unter dem oberflächlichen Gegensatz von Marktwirtschaft und Planwirtschaft ein handfester Kampf um wirtschaftliche Machtpositionen und um die Verteilung des Sozialproduktes verbirgt. Mit Wissenschaft hat aber dieser Kampf nicht das Geringste zu tun, und der Nationalökonomie ist um so besser gedient, je deutlicher die Vertreter dieser beiden Positionen innerhalb der Wissenschaft als das erkannt werden, was sie sind: als Politiker, nicht als Wissenschaftler.